

Nothaushalt als sicherer Weg

Ein altes Sprichwort lautet: Von einem Reichen kannst Du sparen lernen.

Eine Kommune ist zwar nicht wie ein Wirtschaftsunternehmen zu betrachten, die Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung sollten aber auch dort gelten. Das bedeutet Solidität und Stabilität sind wichtig. Der Bürgermeister ist der Chef. Der Beigeordnete oder Kämmerer genannt, ist der Finanzverwalter. Wenn der Kämmerer ständig sagt: Der Betrag „X“

fließt hierhin oder dorthin, dann sei dem Kämmerer gesagt, Geld kann nicht fließen. Das Geld wird erst durch den Kämmerer in Bewegung gesetzt. Der Kämmerer steht hier in oberster Verantwortung. Er sollte auch hier, wie ein Unternehmer, mit seinem Privatvermögen in die Pflicht genommen werden können. Transferiert der Kämmerer einen Geldbetrag aus unseren Steuergeldern irgendwohin, dann hat dieses mit äußerster Verantwortlichkeit zu geschehen. In einem Wirtschaftsunternehmen werden zudem Rücklagen für unvorhersehbare

Ereignisse gebildet. Ausgaben jeglicher Art, müssen kritisch geprüft werden, auch wenn es hier oft um langfristige Investitionen geht. Das Argument „die Zinsen sind gerade niedrig“ zählt nicht. Schulden müssen irgendwann auch zurückgezahlt werden. Wenn das so nicht funktioniert, dann sollte geprüft werden, ob nicht doch ein Nothaushalt besser ist als eine unpopuläre Steuererhöhung. Eine Steuererhöhung trifft alle Bürger, die den Rat der Stadt gewählt haben, doppelt. Bei einem Nothaushalt werden notwendige Ausgaben an

übergeordneter Stelle von Fachleuten geprüft, bevor sie unser Kämmerer ausgeben kann. Das ist ein etwas langwieriger, aber sehr effizienter und sicherer Weg. Risikobehaftete Investitionen (Stichwort Schürenfeld) werden von übergeordneter Stelle zurückgestellt. Da sollte die unpopuläre Steuererhöhung doch der allerletzte Weg sein. Eine Steuererhöhung ist für die Verwaltung der einfachste Schritt und verführt sehr leicht dazu, diesen Schritt in ein paar Jahren zu wiederholen.

Herbert Dettmer-Prause

HA 15/9.15

Nächste Generation bezahlt

Zu unserer Berichterstattung über den Ratsbeschluss zum Schürenfeld erreichte uns folgender Leserbrief:

Die Frage der Bürgerinitiative BIS233 in der Ratssitzung am 9. Dezember an die Verwaltung lautete: Die Stadt Menden hat den Mut, ein unwirtschaftliches Großprojekt zu stoppen (Hämmer-Süd). Warum kann Fröndenberg das nicht, zumal das Projekt

Schürenfeld ungleich unwirtschaftlicher und riskanter ist? Antwort des Kämmerers: Wir haben das von der WFG prüfen lassen und es geht.

Wer verbirgt sich hinter der WFG? Es ist eine kleine Gesellschaft, die sich Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises Unna nennt. Diese Gesellschaft arbeitet eigennützig, um leben zu können, und übernimmt keine Verantwortung. Die Befürwortung der WFG gab es schon vor vielen Jahren, als noch keiner von den archäologischen

Schätzen wusste. Da kann Herr Freck doch gleich in die Glaskugel schauen, das ist preislich günstiger.

Nun mal ganz ernsthaft: Wenn die WFG sagt, Freck spring' in den Brunnen, dann wird der das hoffentlich auch machen. Es ist ein Trauerspiel, wenn Herr Freck bei dieser desolaten Haushaltslage 2016 noch 2,9 Millionen Euro für Grundstückskäufe ausgeben will. Der hochgeachtete Finanzexperte der Volksbank Unna, Peter Zahmel, warnt vor großen Investitionen mit geliehenem Geld,

wie jetzt in der Niedrigzinsphase. Das kann sich ganz schnell ändern, und die Folgen für Fröndenberg wären für die nächsten Generationen schlimm.

Schade ist nur: In so einem Fall ist niemand da, der die Hand dafür ins Feuer legt. Die WFG übernimmt keine Haftung, hat nur beratende Funktion und ist irgendwann aufgelöst, die Verwaltungselite mit dem Rat im Ruhestand. Und schließlich darf die nächste Generation alles abzahlen.

HA 16/12.15
Herbert Dettmer-Prause